



Die Linke:

# Perspektiven, Gefahren, Alternativen

**L**inks ist, was die SPÖ ist.“ Das war lange Zeit die Devise. Wie sich das Verständnis davon, was als links gilt, historisch gewandelt hat, warum sich neue linke Wahlbündnisse so schwertun, Fuß zu fassen, und dass links nicht automatisch antirassistisch bedeutet, erklärt Politikwissenschaftler Benjamin Opratko im Gespräch mit Julia Schönherr.

Für die gegenwärtige Krise der Linken bzw. das Fehlen einer linken Programmatik wird oft ihre Identitätspolitik auf Kosten der sozialen Frage verantwortlich gemacht. Was meinen Sie dazu?

Man muss das in den richtigen historischen Kontext stellen. Ab Ende der 1980er Jahre hat sich die sozialdemokratische Linke nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland und in Großbritannien inhaltlich gewandelt. Der globale Kapitalismus hatte sich durchgesetzt. Für Parteiführer wie Tony Blair, Gerhard Schröder oder Viktor Klima in Österreich ging es nun um Chancengleichheit – und nicht mehr um die Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Das war verbunden mit der Einschätzung, dass die traditionelle Wähler\*innenbasis, die ihren Kern in der Industriearbeiter\*innenschaft hatte, zahlenmäßig unwichtiger wurde. Es galt, den Dienstleistungssektor und die neue Mittelklasse zu gewinnen, also Menschen in Großstädten mit einem höheren Bildungsstand, von denen man annahm, sie seien an anderen als an Klassenfragen interessiert. Das war innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung mit

einem Entwicklungsoptimismus und einem Marktvertrauen verbunden. Die Linken übernahmen das liberale Argument, dass der Markt die Dinge schon regelt.

Das ist die große historische Wassertrennung der linken Politik in den letzten Jahrzehnten – nicht der nun häufig inszenierte Gegensatz von Klassen- und Identitätspolitik. Die Abkehr der Sozialdemokratie von der Klassenpolitik geschah nicht zugunsten einer Identitätspolitik. Sie hatte sich vielmehr einer Variante des Neoliberalismus verschrieben und sich damit auch eine liberale Vorstellung von Diversität angeeignet. In dieser Zeit wurde repräsentierte Diversität extrem wichtig – man schaute darauf, dass Aufsichtsräte, Werbeplakate und Fernsehprogramme möglichst vielfältig besetzt werden. Es ging um Anerkennung, aber nicht mehr um Umverteilung.

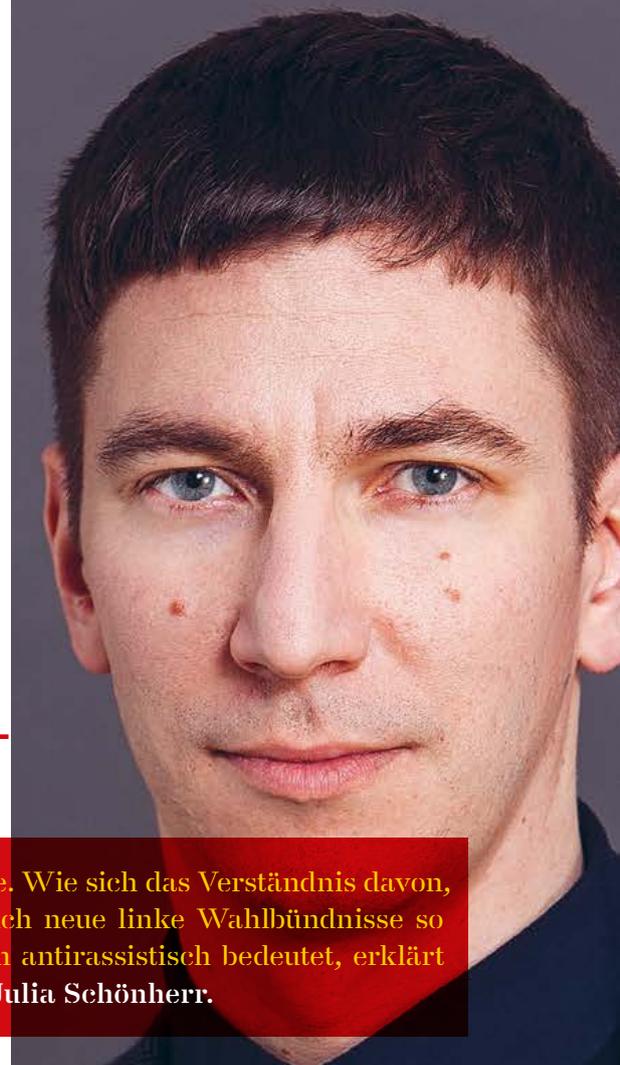
Gibt es also ein altes und neues Links?

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von links zu einer Verschiebung: Mit den sozialen Bewegungen der 1970er und

-80er Jahre im Rücken erweiterte sich das linke Selbstverständnis. Und zwar von Klassenfragen, ökonomischen Interessen und dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit hin zum Begehren nach einer Liberalisierung der Gesellschaft, dem Kampf gegen restriktive patriarchale Normen und der Frage der Individualität. Seither werden diese Themen in der breiten Bevölkerung immer stärker mit links verbunden. Links bedeutet heute weniger, die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern zu vertreten als Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Freiheit und liberale Auslegung gesellschaftlicher Normen.

Warum gibt es in Österreich keine Kräfte links der SPÖ?

Die Sozialdemokratie in Österreich hatte im Vergleich zu anderen europäischen Ländern von Anfang an einen sehr ausgeprägten Anspruch, das gesamte linke Spektrum in sich selbst zu repräsentieren – frei nach der Devise „Links von uns soll es nichts geben“. Dafür war die SPÖ bereit, durchaus radikale Interessen und Programmatiken zu beherbergen. In der ersten Republik war das etwa der linke Flügel mit Max Adler und Otto Bauer, die mit dem



Austromarxismus einen dritten Weg zwischen sozialistischer und kommunistischer Bewegung gesucht haben. Bis 1934 hatten sie dabei große Gestaltungsmacht im Roten Wien. Nach 1945 herrschte in der SPÖ ein rabiater Antikommunismus. Der Oktoberstreik 1950, der von sozialdemokratischen Gewerkschaftlern niedergeschlagen wurde, zeigt, dass die Sozialdemokratie alles tat, um Kräfte links von ihr zu verhindern. Es gelang der Partei aber auch, Aufbruchsbewegungen nach den 1968er Jahren zu integrieren. Speziell in der Kreisky-Ära hieß es: Wir wollen eure Innovationskraft, eure Ideen und wir wollen ein Stück des Weges gemeinsam gehen. Auch den Jugend- und Studierendenorganisationen wurde viel Platz gelassen. Die Kehrseite dieses integrativen Ansatzes war jedoch, dass die Aussteiger unbarmherzig und kompromisslos bekämpft wurden, wie etwa im Fall des Verbands sozialistischer Mittelschüler in den 1970er Jahren. In Wien herrschte die SPÖ und wer nach links von der Partei ausscherte, hatte mit persönlichen Konsequenzen zu rechnen.

Die revolutionäre Linke kann von der Krise der sozialdemokratischen Parteien nicht profitieren, warum?

Europäische Parteien links der Sozialdemokratie sind in zwei Phasen entstanden: Ab den 1990er Jahren, als sozialdemokratische Parteien hauptsächlich neoliberale Politik machten, wurde etwa die *Partito della Rifondazione Comunista* in Italien erfolgreich und in Deutschland gründete sich die *WASG* als linke Abspaltung von der Sozialdemokratie, aus der wenig später durch die Fusion mit der *PDS* die Partei *Die Linke* entstand. In der zweiten Phase nach der Wirtschaftskrise 2008 entstand etwa *Podemos* in Spanien; die griechische *Syriza* entwickelte sich von einem kleinen linken Bündnis zur größten Partei des Landes. In Österreich passierte bislang nichts Vergleichbares. Das liegt auch daran, dass es kaum etablierte Strukturen gibt. Ich würde auch sagen, einer radikaleren Linken fehlt es an einer positiven Programmatik, um Fragen der Vermögenskonzentration, Klimakrise und Wohnungskrise anzugehen. Linke sind sehr gut darin, Probleme zu benennen, aber nicht besonders gut darin, Lösungsansätze aufzuzeigen. Ausnahmen finden wir auf kommunaler Ebene mit der Grazer KPÖ und – in Anfängen – mit der

Partei *Links* in Wien, die bei der letzten Wahl 23 Bezirksratsmandate gewinnen konnte.

Laut Wahl-Orientierungshilfen wie „wahlkabine.at“ finden Inhalte linker Kleinparteien viel Zustimmung, gewählt werden sie aber nicht. Warum ist das so?

Wenn Wähler\*innen keine Chance für die Durchsetzung ihrer Interessen sehen, wählen sie statt linken Kleinparteien das „mindere Übel“. Es gibt ganz wenig Durchsetzungsperspektiven für Anliegen, die durchaus viele Leute haben. Dazu kommt, dass es in Österreich kaum Erfahrungen mit der außerparlamentarischen Opposition gibt. Letztlich beißt sich die Katze in den Schwanz: Menschen wählen Parteien, deren Inhalten sie zustimmen, doch nicht, weil sie glauben, dass diese keine Chance haben, ins Parlament zu kommen. Und die Parteien kommen nicht ins Parlament, weil die Leute, die ihren Inhalten zustimmen, sie nicht wählen.

Die einzige Ausnahme ist die KPÖ Steiermark, die nicht nur mit zehn Mandaten als zweitstärkste Partei im Grazer Gemeinderat sitzt, sondern auch im Landtag vertreten ist. Was macht sie anders?

Die KPÖ Steiermark hat über einen langen Zeitraum geduldig Aufbauarbeit betrieben. Sie bekam ein historisches Möglichkeitsfenster, als sie 1998 mit Ernest Kaltenegger den Wohnungsstadtrat stellte. Das hat sie strategisch genial genutzt und sich als „Kümmerer-Partei“ etabliert. Inhaltlich ist die KPÖ eine sozialdemokratische Partei und hat eine Lücke gefüllt, die die SPÖ hinterlassen hat. Der Erfolg der KPÖ Steiermark ist ein sehr lokales Projekt geblieben. Ich finde es erstaunlich, dass bisher nie versucht wurde, diese Erfahrungen auf eine bundespolitische Initiative umzulegen.

Welche Herausforderung sehen Sie heute für die Linke?

Wenn die Linke zur Repräsentantin für Leute wird, denen es im Grunde gut geht, die sich aber aus moralischer Überzeugung für andere einsetzen, denen es nicht so gut geht, hat sie ein Problem. Die Linke war historisch die Selbstvertretung von Leuten,

die von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind. Wenn sie diese Aufgabe nicht mehr erfüllt, dann verliert sie ihre Existenzberechtigung.

In den letzten Jahren hat sich verstärkt eine migrantische und antirassistische Linke formiert.

In Deutschland geht die Entstehung einer migrantischen Linken weit zurück – von den Arbeitskämpfen sogenannter Gastarbeiter in den 1960er und -70er Jahren über Initiativen wie *Kanak Attak* in den 1990ern bis zur *Migrantifa* heute. Vor allem nach der Selbstenttarnung des NSU und dem Anschlag in Hanau hat sich die migrantische Linke in Deutschland klarer formiert und organisatorisch Ausdruck gefunden. In Österreich gibt es Tendenzen und Ansätze dazu. Das sind Linke, die ihre Erfahrung als Migrantinnen und Migranten und als von Rassismus Betroffene einbringen und fordern, dass ihre Lebensrealitäten zur Kenntnis genommen werden. Ich habe den Eindruck, dass diese Menschen verstärkt eine Rolle in der Politik und auch in linken Organisationen spielen.

Ist links automatisch antirassistisch?

Das sollte so sein, ist es aber nicht, auch historisch nicht. Es gab immer einen Kampf um Rassismus und Antirassismus innerhalb der Linken. Wenn man Rassismus als ein gesellschaftliches Strukturprinzip versteht, das unsere Gesellschaft prägt, ist der Streit um den Umgang damit unvermeidlich – auch in der Linken. Darum ist es so wichtig, dass Linke sich mit Rassismus auseinandersetzen – mit Rassismuserfahrungen, Rassismustheorien und der Geschichte des Rassismus. Linke sind nicht automatisch antirassistisch. Aber linke Organisationen, Parteien und Bewegungen können Orte sein, wo antirassistische Kämpfe gemeinsam und solidarisch geführt werden. —

---

Benjamin Opratko ist Post-Doc Researcher am Institut für Politikwissenschaften und Redakteur der Monatszeitschrift *Das Tagebuch*. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rassismus, Rechtspopulismus und internationale politische Ökonomie.

Julia Schönherr studierte internationale Entwicklung und ist freie Journalistin in Wien.